

10.06.2010

Illegaler Genmais auch im Weserbergland?

Illegaler Genmais soll auch im Raum Hildesheim, Hameln-Pyrmont, Schaumburg und Holzminden angebaut worden sein. Das teilte die grüne Landtagsabgeordnete Ursula Helmhold nach einer Anfrage der Grünen im Landtag mit.

Danach liegen genverunreinigte Äcker auch im Bereich des Gewerbeaufsichtsamtes Hildesheim. Insgesamt haben mindestens 23 Landwirte in Niedersachsen den illegalen Genmais der Sorte NK603 aufgrund fehlerhafter Meldungen des Agrarministeriums und der Firma Pioneer in Buxtehude ausgesät. "Die Landwirte trifft keine Schuld. Die Landesregierung trägt die politische Verantwortung dafür, dass es zur illegalen Aussaat kam", sagte Helmhold. Anders als andere Bundesländer habe Niedersachsen seine Kontrollen nicht rechtzeitig bis zur Ausbringung abgeschlossen. "Dadurch sind den Landwirten und Imkern schwere Schäden entstanden, die vom Verursacher zu entschädigen sind", sagte Helmhold.

Dabei wusste das niedersächsische Agrarministerium laut Spiegel-Online vom 5. Juni 2010 bereits seit dem 19. Februar 2010 von dem verunreinigten Saatgut. Das zuständige Umweltministerium wurde aber erst zwei Monate später, am 27. April 2010, informiert, obwohl es sich um eine relativ große Charge für über 2 000 ha einer Firma aus Buxtehude gehandelt haben soll. Nach einem Bericht des NDR vom 7. Mai 2010 ging das niedersächsische Umweltministerium davon aus, dass die betroffenen Saatgutpartien bereits auf den Feldern ausgesät worden seien. Dabei muss der verunreinigte Mais nach Einschätzung von Sachverständigen möglichst schnell vernichtet werden, um nicht weitere Felder zu verunreinigen und damit für die gentechnikfreie konventionelle und biologische Landwirtschaft nicht erhebliche wirtschaftliche Schäden zu verursachen.

Während Schleswig-Holstein und andere Bundesländer die Ergebnisse ihrer amtlichen Untersuchungen von Maissaatgut rechtzeitig veröffentlichten, hatte Niedersachsen trotz Anfrage von Greenpeace nach dem Informationsfreiheitsgesetz eine Auskunft bis zum 26. April 2010 verweigert, obwohl gemäß einer Selbstverpflichtung der Bundesländer die Ergebnisse der Genuntersuchungen bis 31. März jedes Jahres abgeschlossen sein sollen, um eine Aussaat kontaminierten Saatguts zu verhindern.

Während in den anderen Bundesländern dank dieser frühen Meldung verunreinigtes Saatgut rechtzeitig vom Markt genommen und nicht ausgesät wurde, führte der "Behördenschlendrian mit Maissaat in Niedersachsen" (Pressemitteilung Greenpeace vom 7.5.2010) zur Gefährdung einer gentechnikfreien Landwirtschaft.

Die Grünen krisierten, dass sich die Landesregierung weiterhin weigere die Felder mit dem kontaminierten Genmais konkret zu nennen, um auch die Landwirte in der Umgebung zu warnen. So ist unklar in welchen Landkreisen genau die Genfelder liegen.

Helmhold: "Wir fordern den Genmais auf diesen Feldern unverzüglich zu vernichten, damit der Genmais nicht erst aufwachsen und die Umgebung verunreinigen kann. Es kann nicht sein, dass illegale Aussaat geduldet werden soll. Die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler will keine Genpflanzen auf seinen Tellern und Feldern. Dafür muss die Politik durch Beibehaltung der Nulltoleranz sorgen tragen."